

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom

1. Juli 2020

– Drucksache 16/8360

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Geänderter Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang COM(2020) 460 final

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 1. Juli 2020 – Drucksache 16/8360 – Kenntnis zu nehmen.

15. 07. 2020

Die Berichterstatterin:

Barbara Saebel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 16/8360, in seiner 36. Sitzung am 15. Juli 2020.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE brachte vor, der „Just Transition Fund“ solle mit jährlich 7,5 Milliarden € die Auswirkungen des Übergangs hin zur klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 in den Regionen, die von der Transformation ganz besonders betroffen seien, finanziell ausgleichen. Jeder Euro aus dem Fonds solle durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder durch eigene Mittel aufgestockt werden. Der „Just Transition Fund“ gelte ab 2021 und sei Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens.

Profitieren sollten Regionen, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Steinkohle, Braunkohle, dem Ölschiefer etc. von der Transformation besonders betroffen seien. Das treffe auf Baden-Württemberg erst einmal nicht zu. Baden-Württemberg könnte aber unter Umständen mit Blick auf seine Eisen-, Stahl- und Zementindus-

trie auch zu einem Profiteur dieses Fonds werden. Doch werde der Anteil Baden-Württembergs am „Just Transition Fund“ voraussichtlich insgesamt vergleichsweise gering ausfallen.

Er solle im Wesentlichen kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, zur Diversifizierung der Wirtschaft beitragen, die Gründung von Unternehmen durch Gründerzentren unterstützen sowie Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationstätigkeit usw. ermöglichen.

Abg. Joachim Kößler CDU fragte, ob Baden-Württemberg eine Chance habe, Mittel für die Transformation der baden-württembergischen Automobilindustrie, die vorangetrieben werden müsse, zu erhalten.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP legte dar, die FDP/DVP-Fraktion werde von der Mitteilung selbstverständlich Kenntnis nehmen. Vor dem Hintergrund der Coronakrise sei es auch durchaus begrüßenswert, über diese Thematik nachzudenken. Seines Erachtens falle die Wirtschaftspolitik, in der es darum gehe, wie die Wirtschaft gelenkt werde, aber nicht in EU-Kompetenz. Vielmehr sollte es in Zeiten von Corona darum gehen, die Industriepolitik und die Konjunktur zu fördern. Das Land sei, was die Wirtschaft betreffe, in einem Umbruch. Es sollte zumindest zur Kenntnis genommen werden, dass sich da ein Wandel abzeichne.

Abg. Nicolas Fink SPD konstatierte, letztlich gehe es darum, die Menschen, die in den besonders betroffenen Regionen lebten, nicht alleinzulassen. Das sei der richtige Ansatz. Da sei jedes Mittel recht.

Auch ihn interessiere, was dieser Fonds konkret für Baden-Württemberg bedeute. Nach ersten Berechnungen liege Deutschland im Hinblick auf die Fördermittel an zweiter Stelle.

Minister Guido Wolf führte aus, Baden-Württemberg könne als wirtschaftsstarkes Land in der Tat von diesem Fonds profitieren. Bisher seien 7,5 Milliarden € für den Fonds angesetzt gewesen. Jetzt seien es 40 Milliarden €. Nach seinen Informationen solle Deutschland hiervon 5,2 Milliarden € bekommen können.

Dann stelle sich die Frage der innerdeutschen Verteilung dieser Mittel. Bisher seien nur die Braunkohleregionen Profiteure. Selbstverständlich liege es im Interesse Baden-Württembergs, dass sich daran etwas ändere.

Es solle ein weiterer Topf für sonstige Regionen aufgemacht werden. Nach seiner Einschätzung sei das die Chance, den Fuß in die Tür zu bekommen und die Möglichkeit, Geld nach Baden-Württemberg zu holen. Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium sei gerade dabei, Kriterien zu entwickeln, um auch für die Transformationsprozesse in der Automobilindustrie hin zur Klimaneutralität Fördergelder aus diesem Fonds zu bekommen. Hier könnte Baden-Württemberg – wie auch andere Automobilländer – in besonderer Weise vom „Just Transition Fund“ profitieren. Diesbezüglich halte er den Ausschuss gern auf dem Laufenden.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, Polen stehe nach ersten Berechnungen mit 8 Milliarden € auf Platz 1. Es sei schon richtig, nach der Betroffenheit vorzugehen.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/8360 Kenntnis zu nehmen.

16. 07. 2020

Saebel